

## **Ja zu Europa heißt für mich: Nein zur Ausweitung und Aufstockung des Rettungsschirms!**

Heute habe ich gegen den Euro-Rettungsschirm gestimmt, weil dieser nicht den Euro, nicht die Europäische Union und nicht die Bevölkerung Griechenlands, Portugals oder Irlands rettet. Er rettet nur Banken und Spekulanten. Er ist weder sozial gerecht, noch wirtschaftlich vernünftig oder demokratisch legitimiert. Er wird die Krise nicht lösen. Denn es kann nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Länder Unterstützung beantragen. Niemand ist also sicher vor weiteren Erhöhungen von Steuern und Sozialabgaben und dem Abbau von Sozialleistungen und öffentlicher Daseinsvorsorge.

Auf uns alle kommen große finanzielle Risiken zu. Deutschland garantiert für Verbindlichkeiten in Höhe von 253 Milliarden Euro, durch Zinszahlungen könnte dieser Betrag auf bis zu 400 Milliarden Euro steigen. Tritt der Haftungsfall ein, müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die Lasten tragen, Kürzungen sind zu befürchten. Dennoch ist die Bundesregierung nicht bereit, eine Garantieerklärung für unsere Sozialstandards abzugeben.

Die Länder, die sich unter den Rettungsschirm begeben, werden zu Kürzungen gezwungen, die auf demokratischem Wege niemals durchsetzbar wären. In Griechenland sind als Gegenleistung für die Finanzhilfen die Mehrwertsteuer auf 23% , die Preise für den öffentlichen Nahverkehr um 30% erhöht und das Rentenalter hochgesetzt worden. Im Gegenzug wurden Renten und öffentliche Investitionen gekürzt, die Mindestlöhne gesenkt. Für Portugal und Irland sieht das ähnlich aus. Diese Länder haben durch die verordneten Kürzungsprogramme keine Chance mehr, ihre Schulden je wieder zurückzuzahlen.

Griechenland zeigt: Über Ausgabenkürzungen und soziale Einschnitte lassen sich nun mal keine öffentlichen Haushalte konsolidieren. Renten- und Lohnsenkungen sowie die Privatisierung öffentlichen Eigentums vertiefen nur die Krise.

Die Eurokrise darf nicht auf Versäumnisse einzelner Staaten zurückgeführt werden. Der Fehler liegt in der jetzigen Form der Währungsunion. Die Euro-Mitgliedsstaaten haben sich nicht über Lohnentwicklung, Wirtschaftssteuerung und eine gemeinsame Sozialpolitik verständigt. Es ist versäumt worden, wirkungsvolle Regeln für die Finanzmärkte aufzustellen.

Mit der Zustimmung durch CDU/CSU/FDP/Grüne und SPD wird auch der Einschränkung der Rechte des Bundestags im Hinblick auf die Kontrolle des Eurorettungsfonds zugestimmt. Die demokratische Kontrolle durch den Bundestag kann durch Unterrichtungen und Entscheidungen des Haushaltsausschusses nicht ersetzt werden. Regelungen, die derartige Folgen für die große Mehrheit der Bevölkerung haben, bedürfen in jedem Einzelfall der demokratischen Legitimation.

Werden diese Defizite der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und das Demokratiedefizit nicht behoben, droht dem gemeinsamen Projekt Europa das Aus.